# II-2209 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen

## DER BUNDESMINISTER FÜR BAUTEN UND TECHNIK

des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Wien, am 17. Jänner 1985

Z1. 10.113/20-I/1/84

998 IAB

1985 -01- 2 1

Zu 1047 1J

Parlamentarische Anfrage Nr.1047/J der Abg. Dipl.-Kfm. Dr. STEIDL und Genossen betr. den Bau der Umfahrung Zell am See

An den Herrn Präsidenten des Nationalrates Anton Benya

Parlament 1010 Wien

Auf die Anfrage Nr. 1047/J, welche die Abgeordneten Dipl.-Kfm. Dr. STEIDL und Genossen am 3. Dezember 1984, betreffend den Bau der Umfahrung Zell am See, an mich gerichtet haben, beehre ich mich folgendes mitzuteilen:

### Zu 1):

Im Bauprogramm 1984 waren für das Bauvorhaben Zell am See einschließlich der Mittel aus dem Finanzausgleichsgesetz 20,0 Mio.S für den Liegenschaftserwerb vorgesehen. Da infolge einer Bürgerinitiative die Planung noch nicht abgeschlossen ist und daher die endgültige Trassenführung noch nicht feststeht, wurde bis jetzt kein Liegenschaftserwerb durchgeführt. Die dadurch nicht in Anspruch genommenen Mittel werden aber weiterhin für die Umfahrung Zell am See bereitgehalten.

#### Zu 2):

Da aufgrund der noch notwendigen Untersuchungsarbeiten infolge der Bürgerinitiative der Baubeginn noch nicht feststeht, wurde vorläufig nur ein Betrag von S 1.000.-- im Bundesvoranschlag 1985 aufgenommen.

Nach Vorliegen aller Voraussetzungen besteht aber die Möglichkeit einer sofortigen Inangriffnahme des Bauvorhabens Zell am See, da der Betrag von S 1.000.-- im Bedarfsfalle aufgestockt werden kann.

### Zu 3):

Gegen die zuletzt gefundene Projektierungsvariante, bei welcher das nördliche Tunnelportal im Bereich "Einöd" zu liegen kommt, hat sich eine "Bürgerinitiative Zell am See/Nord - Einöd" gebildet und eine Verschiebung des Tunnel-Nordportales nach Norden gefordert. Daraufhin haben vom Amte der Salzburger Landesregierung Gespräche mit Vertretern der Stadtgemeinde Zell am See und der Gemeinde Maishofen stattgefunden, bei denen vereinbart wurde, die von der Bürgerinitiative verlangte Tunnelverlängerung und Situierung eines Knoten auf Maishofener Gebiet einer Untersuchung zuzuführen. Da dem Bundesministerium für Bauten und Technik ein Ergebnis der Untersuchung noch nicht vorliegt, konnte bis heute noch keine Entscheidung bezüglich des Baubeginnes getroffen werden.